

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg
Dezernat I, Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie

**Altablagerung Waldäcker: Ergänzende
Sanierungsuntersuchungen; Vergabe der
Ingenieurleistung an die ARCADIS Consult
GmbH, Heilbronn**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf
Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 25. Februar 2008

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Beschlussempfehlung	Handzeichen
Umweltausschuss	19.02.2008	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	20.02.2008	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Umweltausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, die Auftragsvergabe der Ingenieurleistungen für die ergänzende Sanierungsuntersuchung: „Prüfung der Machbarkeit von Monitored Natural Attenuation (MNA) Prozessen im Bereich des Kiesgrubengebiets Waldäcker“ an die ARCADIS Consult GmbH, Heilbronn, zum Angebotspreis von brutto 108.577,14 € zu beschließen unter dem Vorbehalt, dass der Zuwendungsbescheid auf Förderung der Maßnahme des Regierungspräsidiums Karlsruhe vorliegt.

Sitzung des Umweltausschusses vom 19.02.2008

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 20.02.2008

Ergebnis: einstimmig beschlossen

I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
UM 2	+	Dauerhafter Schutz von Boden, Wasser, Luft, Natur, Landschaft und Klima Begründung: Das Grundwasser weist Abbauprodukte der leichtflüchtigen chlorierten Kohlenwasserstoffe (CKW) und starke Schwankungen der Belastung auf. Durch die Untersuchung werden die natürlichen Abbauprozesse näher spezifiziert, um sicherzustellen, dass auch ohne weitere Sanierungsmaßnahmen keine Gefährdung von Schutzgütern zu besorgen ist.
UM 4	+	Klima- und Immissionsschutz vorantreiben Begründung: Bei einem positiven Ergebnis, d. h. bei einem Nachweis eines effektiven Abbaus der Belastung und damit verbunden eines geringen Gefährdungspotentials, kann auf eine konventionelle, sehr langfristige und energieintensive Grundwassersanierung verzichtet werden.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

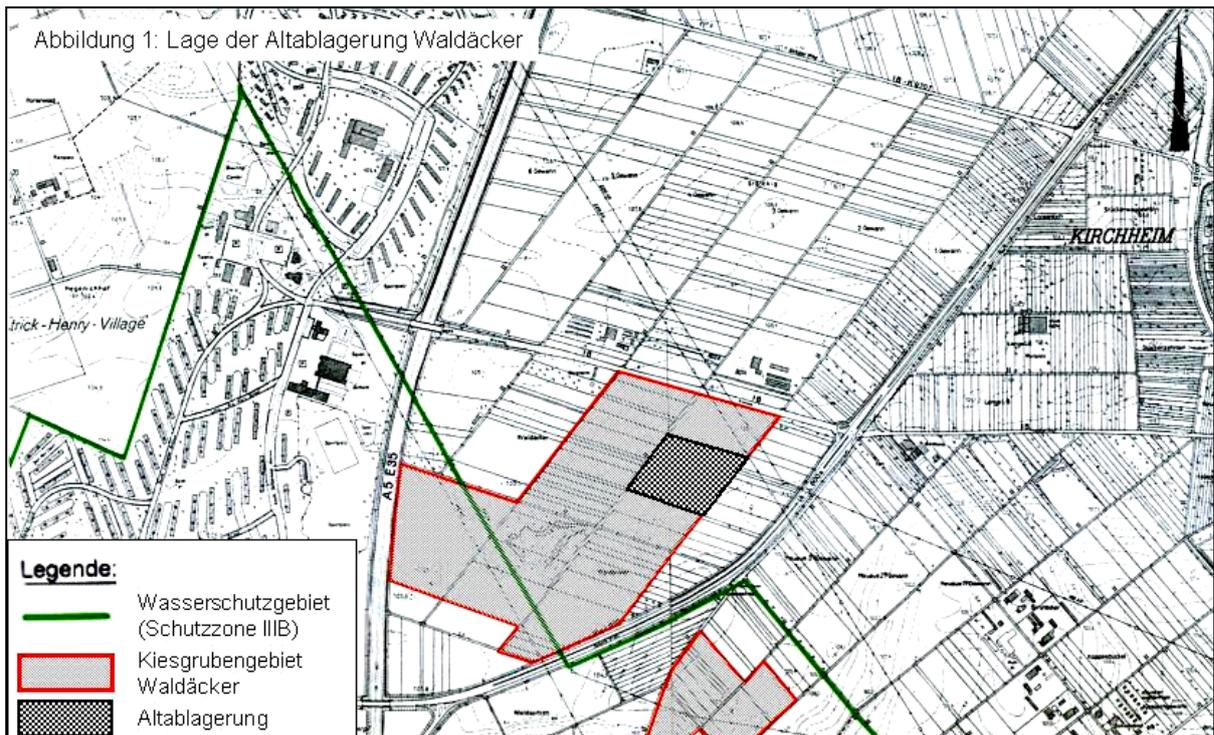
keine



II. Begründung:

Die ehemaligen Kiesgruben im Gewann Waldäcker wurden zwischen den Jahren 1950 bis 1985 überwiegend mit Erdaushub und Bauschutt aufgefüllt. Bei einigen Teilflächen wurden Hausmüll und untergeordnet industrielle und gewerbliche Abfälle abgelagert.

Beim Kiesgrubengebiet „Waldäcker“ werden seit 1992 im Rahmen der kommunalen Altlastenbearbeitung technische Untersuchungen (orientierende Erkundung und Detailuntersuchung und zuletzt die Sanierungsuntersuchung) durchgeführt. Bei den durchgeführten Erkundungsmaßnahmen wurden bei einer Teilfläche erhöhte Konzentrationen an leichtflüchtigen chlorierten Kohlenwasserstoffen (CKW) in der Bodenluft ermittelt. Ein Schadensherd konnte nicht lokalisiert werden. Im Grundwasser wurden im unmittelbaren und weiteren Abstrombereich Konzentrationen an CKW bis max. 324,6 µg/l ermittelt. Diese hohe Konzentration wurde bei weiteren Grundwasseruntersuchungen nicht mehr bestätigt.



Von 2004 bis 2007 wurde eine Sanierungsuntersuchung gemäß den Vorgaben der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) und der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung durchgeführt. Im Rahmen der Sanierungsuntersuchung wurde ein Grundwasserströmungs- und Transportmodell erstellt. Als Ergebnis stellte der Gutachter fest, dass für die im Grundwasser vorhandene CKW-Belastung Sanierungsbedarf besteht und eine hydraulische Grundwassersanierung als Vorzugsvariante der Sanierung zu empfehlen ist. Auf der Grundlage dieses Gutachtens wurde die Altablagerung durch die Altlastenbewertungskommission (unter Vorsitz des Umweltamtes, mit Vertretern der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg und des Regierungspräsidiums Karlsruhe) in ihrer Sitzung am 20.09.2007 bewertet. Das Ergebnis war, dass das sogenannte Beweisniveau 4 (Abschluss der Sanierungsuntersuchung) mit dem vorliegenden Gutachten nicht erreicht ist und die hydraulische Grundwassersanierung nicht befürwortet wird. In Ergänzung der Sanierungsuntersuchung ist die Machbarkeit von „Monitored Natural Attenuation“ (MNA; kontrollierter natürlicher Rückhalt und Abbau) Prozessen zu prüfen. Im Zuge dieser Untersuchungen werden weitere technische Untersuchungen zur Klärung der Grundwassersituation durchgeführt. Als NA-Prozesse kommen im Wesentlichen Schadstoff-Verfrachtung, Sorption und Abbau in Frage. Alle Prozesse zusammen bedingen eine Migration der Schadstoffe im Grundwasserleiter mit einer im optimalen Falle schrumpfenden oder stationären Ausdehnung der Schadstofffahne.

Aufgrund der hohen Qualität, der fachlichen Kompetenz und der Erfahrung auf dem aufgeführten Gebiet soll die Arcadis Consult GmbH mit der Durchführung beauftragt werden. Das Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie hat für die Durchführung der Maßnahme ein Angebot eingeholt. Die Gesamtkosten (einschließlich der Abteufung von fünf zusätzlichen Grundwassermessstellen) belaufen sich auf rund 178.000 €. Es ist beabsichtigt, die fünf Grundwassermessstellen im Jahre 2008 abzuteufen. Die Durchführung der Stichtagsbeprobungen sind für die Jahre 2009 und 2010 vorgesehen. Für das Jahr 2008 werden voraussichtlich Kosten in Höhe von rund 60.000 € anfallen, die im Teilhaushalt des Amtes für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie unter Projektkostenstelle 3100P106 zur Verfügung stehen. Die für das Jahr 2009 von rund 40.000 € und das Jahr 2010 von rund 78.000 € voraussichtlich anfallenden Kosten sind in den Haushaltsplan 2009/2010 einzustellen.

Ein Antrag auf Förderung (Fördersatz 100%) der Maßnahme aus dem Altlastenfonds Baden-Württemberg wurde an das Regierungspräsidium Karlsruhe gestellt. Der Zuwendungsbescheid liegt noch nicht vor. Die Auftragsvergabe erfolgt erst nach der Bewilligung der Fördermittel.

gez.

Dr. Eckart Würzner